

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 25 (1984)  
**Heft:** 16

**Artikel:** Betrugsprozente : der falsche Normalisierungssommer in Polen  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1094602>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Der falsche Normalisierungssommer in Polen

# Betrugsprozente

**Nach der polnischen Amnestie vom 22. Juli sind in Polen tatsächlich viele politische Häftlinge aus dem Gefängnis entlassen worden. Aber nicht in die Freiheit. Die Amnestiebestimmungen erweisen sich als genau so pferdefüssig wie einen Monat zuvor die Wahlergebnisse. Der amtliche Anschein trägt nicht bloss: er ist ein Betrug.**

Die Amnestie in Polen ist vorbehaltener Strafvollzug. Die «Begnadigten» (die keine Verbrechen begangen hatten) müssen sich zwei Jahre lang jeder Tätigkeit enthalten, die sich als Rückfall deuten liesse. «Delikte» wie Meinungsäußerung oder Informationsverbreitung können sie jederzeit wieder ins Gefängnis bringen. Das ist kein Akt der Versöhnung, sondern



Karikatur «Gegenstimmen», Wien

eine Aufforderung zur Kapitulation, und einige KOR-Mitglieder haben schon angekündigt, dass sie nicht kapitulieren werden.

Es handelt sich um die dritte Amnestie innerhalb von drei Jahren, und viele «Politische», die man bei den früheren Auflagen der Sache entlassen hatte, befanden sich danach nur für kurze Zeit auf freiem Fusse. Weil sie sich mit dem Unrecht nicht abfinden konnten.

Als «Neuanfang» ist die Amnestie eine ähnliche Augenwischerei wie die Suspendierung des Kriegszustandes vor einem Jahr, als man mit verschärften Strafbestimmungen dafür gesorgt hatte, dass er in zivilen Formen anhalten konnte.

Die Normalisierungsgesten sind nicht zuletzt als Wink an den Westen gedacht, von dem man neue Kredite erwartet. Polen kann sie brauchen. Es hat für seine Kriegsindustrie dieses Jahr ein frisches Abkommen mit der Sowjetunion getroffen, gültig für die nächsten 20 Jahre. Für Hilfe zu solchen Verpflichtungen ist der Westen gut genug, und er lässt sich trotzdem in Polen als Feindbild beschwören, wenn es darum geht, der eigenen Arbeiterklasse ihre Rechte vorzuenthalten.

Hier wollen wir auf den vorletzten Normalisierungsbeweis zurückkommen, auf die «Wahlen» vom 17. Juni.

Wir hatten in unserem seinerzeitigen Bericht (ZB Nr. 13/1984) darauf hingewiesen, dass die Solidarnosc die amtlichen Ergebnisse als falsch bezeichnet. Wobei der Ausdruck «Ergebnisse» sich auf die schiere Wahlbeteiligung bezieht; Gegenkandidaten (für eine Alternative) gab es ja keine, und damit gab es tatsächlich gar keine Wahl.

Inzwischen weiss man mehr über die Gegen Darstellungen der Untergrundgewerkschaft. Sie beruhen, wie wir vermutet hatten, auf einer Kombination von Eigenberechnungen und vertraulichen Mitteilungen aus den offiziellen Wahlgremien.

In einigen der grösseren Städte vermochte die Solidarnosc am Wahltag ein eigentliches Über-

wachungsnetz aufzuziehen. In Warschau insbesondere gelang es ihr, bei nicht weniger als 756 Wahllokalen möglichst unauffällig ihre Beobachter zu postieren. Allerdings war das nicht immer während der gesamten Öffnungszeit möglich, aber für die jeweilige Zeit von meist einigen Stunden konnte man genaue Angaben sammeln. Die so gesammelten Ergebnisse liessen sich dann mit Daten vergleichen und ergänzen, die von heimlichen Sympathisanten in den Wahlkommissionen geliefert wurden.

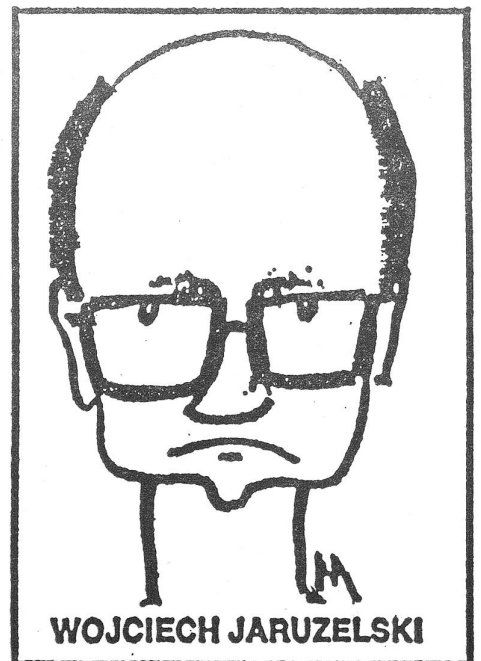
Auf diese Weise war die Vertretung der Arbeiterschaft in der Lage, in wichtigen Städten den offiziellen Prozentzahlen ihre eigenen Berechnungen entgegenzustellen, und da ergaben sich durchwegs enorme Diskrepanzen (amtliche Version zuerst genannt): Warschau 71%/57,4%, Danzig 68%/48%, Krakau 64%/48%, Breslau 67%/40,3%, Posen 78%/66%, Kattowitz 78%/57,7%.

Als Projektion aus den ermittelten Daten berechneten die Solidarnosc-Statistiker unter Konrad Bielinski dann das Landestotal der Stimmbeteiligung. Sie kamen auf knapp 60 Prozent. Die Behörden hatten 74,95 Prozent angegeben. Die Differenz beträgt somit rund 15 Prozent.



Natürlich kann man sich zu den wahrhaft unterschiedlichen Zahlen der beiden Seiten grundsätzlich agnostisch verhalten. Indessen stellt sich da die Glaubwürdigkeitsfrage, und diese wenigstens ist schlüssig zu beantworten.

Durch ihre systematische Unterdrückung von tatsachengetreuen Informationen haben die Machthaber schon längst ihren Willen kundgetan, mit der Wahrheit eigenmächtig umzugehen. Es besteht überhaupt kein Grund zur An-



WOJCIECH JARUZELSKI

# Lebensmittel in Polen verseucht

Laut dem zentralen Gesundheitsinspektorat in Warschau steigt in Polen die Zahl der Lebensmittelvergiftungen mit epidemischen Folgen («Rzeczpospolita», 13. 6. 1984).

Darauf zurückzuführen sind insbesondere Ausbrüche von Darmkrankheiten wie Ruhr (Dysenterie), Typhus, Paratyphus, Salmonellose und Trichinose. Die Zahl der Vergiftungsfälle mit Massencharakter ist zwischen 1981 und 1982 von 228 auf 262 gestiegen; für dieses Jahr wird ohne statistische Angaben ein «weiterer Zuwachs» registriert.

Individuelle Erkrankungen sind hierbei nicht berücksichtigt. Von den erfassten Ausbrüchen lokaler Epidemien wurden jeweils einige Dutzend bis einige hundert Personen betroffen.

Schon letztes Jahr hatten das Staatliche Hygiene-Institut und das Gesundheitsministerium gewarnt: «Die hygienische Qualität unserer Lebensmittel, die schon zuvor nicht gut gewesen war, hat sich in der letzten Zeit derart verschlechtert, dass man das auf keinen Fall mehr ignorieren darf.» («Tygodnik Demokratyczny», 31. 7. 1983). Und in der Zwischenzeit hat die Verschlechterung angehalten.

Am 19. Juni veranstaltete das Gesundheitsministerium eine Pressekonferenz unter Teilnahme regionaler Inspektoren. Dabei wies man auf einen ganzen Komplex von Ursachen für die zunehmenden Lebensmittelvergiftungen hin (Radio Warschau, 19. 6. 1984).

Mängel gibt es bei der Lagerung, beim Verteilungssystem und beim Verkauf. Es fehlt an modernen Einrichtungen (z. B. zur Kühllhaltung von Milch und Milchprodukten), an Sauberkeit und an Kontrolle.

Über den aktuellen Zustand in Polen sagt eine spezifische Beanstandung viel aus: Der Lebensmittelmangel hat landesweit dazu geführt, dass man auch minderwertige und gefährliche Produkte die Qualitätskontrolle passieren lässt.

So ist der konkrete Umgang mit Lebensmitteln ein multipler Faktor bei der Gesundheitsgefährdung. Aber damit hat es nicht sein Bewenden. Die zunehmende Umweltverseuchung kommt hinzu. Besonders dicht ist die Luftverschmutzung in den Industriegebieten. Man zeigt sich besorgt darüber, dass man gefährliche chemische Substanzen selbst in den Kindernahrungsprodukten vorfindet.

Das Staatsinstitut für Hygiene empfiehlt den Verzicht auf landwirtschaftlichen Anbau wenigstens in den extrem verseuchten Gebieten in der Nähe von Stahlwerken, Kupferbergwerken, Zementfabriken und Kohlekraftwerken (die Filteranlagen für Abgase sind durchwegs schlechter als im Westen, was man bei jener Pressekonferenz nicht betont hat); indessen ist es bis jetzt fast überall bei der blossen Empfehlung geblieben; das Gesundheitsamt hat keine Kompetenzen, von sich aus Anbausperren zu verfügen.

nahme, dass sie es an jenem 17. Juni anders gehalten hätten. Im übrigen hatte das Regime (es hat zu jener Kontinuität nie Abstand genommen) bei früheren Wahlen jeweils Wahlergebnisse um 99 Prozent herum verkündet, und diese haben amtlich noch jetzt als ebenso wahr zu gelten wie die jetzigen 75 Prozent. Da hat man die Wahrheit offensichtlich nicht rehabilitiert; man hat ihr nur einen Rabatt gewährt. Aus Plausibilitätsgründen. Weil man mit den sozialismusüblichen 99 Prozent nicht nur unglaubwürdig, sondern unsäglich lächerlich gewesen wäre.

Das macht die Angaben von Solidarnosc noch nicht narrensicher. Und es ist auch nicht die

Schuld der polnischen Gewerkschaftler, dass sie in einem Land leben, in welchem die tatsächlichen Wahlergebnisse ein Staatsgeheimnis sind.

Die Wissenschaftler haben eine umständliche Formel, die sie mit Stolz auf ihre akribische Bescheidenheit immer dann bemühen, wenn sie von Dingen reden, die zwar flagrant, aber nicht tausendpromillig gesichert sind. Sie reden dann von einer «an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit». In diesem Sinne spricht die Wahrscheinlichkeit dafür, dass die Solidarnosc-Angaben näher bei der Wahrheit liegen als die amtlichen.

Eine wichtige Ursache für zahlreiche Vergiftungserscheinungen ist die Wasserversuchung. Dagegen hat man in Polen noch sehr wenig unternommen. Kläranlagen bleiben die Ausnahme. Nur 17 Prozent der Industrie- und Haushaltsabwässer werden im erforderlichen Masse gereinigt, bevor man sie in die Flüsse und Seen lässt.

Die polnischen Gesundheitsbehörden schlagen etliche Massnahmen vor, um die Lebensmittelqualität zu verbessern. Sie betreffen fast ausschliesslich die direkte Handhabung der Lebensmittel und wären sicher soweit sogut. Skeptisch stimmt dagegen, dass sie zur Hauptsache das formulieren, was schon früher (und zum Teil wiederholt) beschlossen, aber nicht realisiert worden war. Die polnische Lebensmittelgesetzgebung galt vor einem Dutzend Jahren als beispielhaft (z. T. auch über Ostblockverhältnisse hinaus), aber zweitens hat man sie seither auf ihrem damaligen Stand belassen, und erstens hat man ihre Bestimmungen nicht (oder mindestens nicht genügend) eingehalten.

Vor allem aber: Was die allgemeine Verursachung der laufend verschlechterten Verhältnisse angeht, so wird sie bleiben. Denn das polnische Regime hat – wie alle sozialistischen Regimes – andere Prioritäten als ihre Behebung.



Und teuer ist das Essen in Polen auch noch. Dazu eine Karikatur von «Express Wieczorny», Warschau: «Wünschen der Herr und die Dame zum Hinunterspülen der Preise schon etwas zu trinken?»